

Städteverband Schleswig-Holstein – Reventlouallee 6 – 24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Bildungsausschuss  
Die Vorsitzende  
Frau Anke Erdmann  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. 0431 - 57 00 50 30  
Fax: 0431 - 57 00 50 35  
e-mail: [info@staedteverband-sh.de](mailto:info@staedteverband-sh.de)  
Internet: [www.staedteverband-sh.de](http://www.staedteverband-sh.de)

per E-Mail: [Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de)

Unser Zeichen: 51.00.40 mx-zö  
(bei Antwort bitte angeben)

10. Juni 2014

**Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein**  
**Bericht der Landesregierung - Drucksache 18/1371**  
Ihr Schreiben vom 7. April 2014, Ihr Zeichen: L 213

Sehr geehrte Frau Erdmann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken dem Bildungsausschuss für die Gelegenheit, zur Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein Stellung nehmen zu können.

Genau wie das Land Schleswig-Holstein sieht der Städteverband Schleswig-Holstein einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt und in ein Studium als eine zentrale gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe an.

Eine gesetzliche Definition des Begriffes "Jugendberufsagentur" und auch ein bundeseinheitliches Konzept gibt es nicht; in der Praxis bestehen zahlreiche, deutschlandweit sehr unterschiedlich ausgestaltete Formen der Zusammenarbeit in den Schnittstellen der Leistungen für junge Menschen auf der Grundlage rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit der Träger der Arbeitsförderung (SGB III), der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und der Jugendhilfe (SGB VIII).

Als eine mögliche Lösung zur besseren Verzahnung dieser Angebote im Übergangssystem wird seit 2012 der Begriff "Jugendberufsagentur" diskutiert. Bezogen auf das Hamburger Modell der Jugendberufsagentur rücken der gemeinsame Standort von Jobcenter und Arbeitsagentur und die Bündelung ihrer Angebote unter einem Dach in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Der Bericht der Landesregierung zur Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen (Ds. 18/1371) dokumentiert die unterschiedlichen Formen der rechtskreisübergreifenden Zu-

sammenarbeit im Bereich des Übergangs junger Menschen von der Schule in den Beruf und Ausbildung in Schleswig-Holstein sehr detailliert. Für die Neuausrichtung Übergang Schule - Beruf (Ds. 18/1371, S. 22) greift der Bericht der Landesregierung die Kernaussagen des Berichtes der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit vom 22. Oktober 2013 auf, mit dem die Landesregierung dafür wirbt, "dass in den Regionen Verantwortungsgemeinschaften aller am Übergangsgeschehen beteiligten Akteure und Institutionen gebildet werden."

Wir unterstützen, dass "vor Ort", nahe bei den Lebenswelten der Menschen gehandelt werden muss und dort Verantwortungsgemeinschaften konkret gelebt werden können. Daher kommt nach unserer Auffassung der Koordinierung auf dieser Ebene ein besonderes strategisches und praktisches Gewicht zu. Daher teilen wir auch die Einschätzung, dass jede Region ihren eigenen Weg im Rahmen ihrer jeweiligen Voraussetzung und Gestaltungsmöglichkeiten suchen und gehen muss. Gelingen kann dies unseres Erachtens aber insgesamt nur, wenn es die Städte und Kreise sind, die im Rahmen kommunaler Koordinierung, aufgrund der eigenen Motivlage, ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer umfassenden Legitimation wirkungsvoll diese koordinierende Rolle übernehmen können.

Die kommunale Koordinierung, das notwendige verstärkte Engagement der Kommunen bei der Steuerung und Koordinierung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben sowie für die Unterstützung der Jugendlichen und jungen Menschen ist allerdings in den Städten und Kreisen mit zusätzlichen personellen Ressourcen verbunden. Die Mehrbelastungen können von den Kommunen nicht allein getragen werden, so dass wir uns zumindest eine angemessene Kostenbeteiligung durch das Land wünschen.

Der Ausschuss für Bildung und Soziales des Städteverbandes Schleswig-Holstein hat sich ausführlich mit dem Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Neuausrichtung des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Arbeit in Schleswig-Holstein sowie der hierzu empfohlenen Gremienstruktur, die auch als schleswig-holsteinischer Weg mit dem sogenannten "Zwei-Ebenen-Ansatz" beschrieben wird, befasst und hierzu einstimmig folgenden Beschluss gefasst, den wir bereits mit Schreiben vom 13. Februar 2014 dem Staatssekretär im Arbeitsministerium übersandt haben:

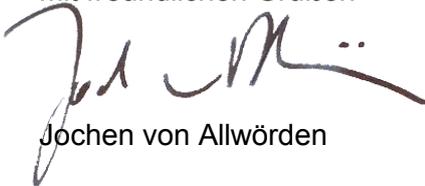
**Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den Kommunen in einen Dialog auf Augenhöhe einzutreten, um den Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit effektiv zu gestalten.**

**Dabei müssen insbesondere transparente und effiziente Strukturen und eine bessere Vernetzung aller beteiligten Interessengruppen die Zielrichtung sein. Zur Durchführung der Koordinierung vor Ort wird die Landesregierung aufgefordert, den Städten als kommunale Koordinierer finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.**

Die Übertragung des Hamburger Modells der Jugendberufsagenturen auf Schleswig-Holstein sehen wir zum einen rechtlich als nicht möglich und zum anderen auch nicht als erforderlich für Schleswig-Holstein an. Rechtlich haben wir Bedenken, weil die Aufgaben als Schulträger, Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und als Jugendhilfeträger von den Städten und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben wahrgenommen werden und insoweit lediglich der Rechtsaufsicht des Landes unterliegen. Damit obliegt die Verwaltungsorganisa-

tion der kommunalen Ebene und eine durch das Land geregelte Zusammenführung verschiedener Leistungen für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf in eine Behörde ist nicht möglich. Wir sehen dies auch nicht als notwendig an, da die Koordinierung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit bereits heute - wie der Bericht der Landesregierung Ds. 18/1371 detailliert aufzeigt - entsprechend der örtlichen Bedürfnisse und Verhältnisse erfolgt. Um diese vor Ort - ggf. noch zu optimierende Zusammenarbeit - zu unterstützen, wäre eine deutliche Positionierung der Landesregierung für eine kommunale Koordinierung, unterlegt mit finanziellen Mitteln zum Ausbau der Strukturen vor Ort, sehr wünschenswert.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jochen von Allwörden'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Jochen von Allwörden